

Leon Schaller
April 2026

Migrationpolitische Narrative im Vergleich

*Dänemark, Spanien und die
Grenzen der Übertragbarkeit*



Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik |
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Annette Schlicht | Referentin Migration und Entwicklung

Kontakt

christiane.heung@fes.de

Lektorat

Kathrin Haderler

Design/Layout

Ludger Stallmeister

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.

April 2026

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-868-6

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Leon Schaller
April 2026

Migrationspolitische Narrative im Vergleich

*Dänemark, Spanien und die
Grenzen der Übertragbarkeit*

Inhalt

1. Einleitung	4
2. Die Bedeutung von Narrativen in Zeiten politischer Polarisierung	5
3. In der Praxis: Dänemark	7
3.1 Der dänische Universalitätsanspruch	7
3.2 Das Dänische Narrativ: Die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats	7
3.3 Analyse des Terrains	8
3.3.1 Die ökonomische Tiefenstruktur des Wohlfahrtsstaats	8
3.3.2 Historisch-kulturelle Verwurzelung: Die Genese der exklusiven Solidarität ...	8
3.3.3 Mainstreaming des Wohlfahrtschauvinismus	9
3.3.4 Synthese: Migrationskontrolle als gesellschaftlicher Common Sense	9
3.4 Die Grenzen des dänischen Narrativs	10
4. Spanien	11
4.1 Öffnung statt Abschottung – der spanische Gegenentwurf	11
4.2 Das Spanische Narrativ: Migration als Wirtschaftsmotor	11
4.3 Analyse des Terrains	12
4.3.1 Das spanische Wachstumswunder	12
4.3.2 Der Faktor Migration als System	13
4.3.3 Die Nationalisierung der Notwendigkeit	14
5. Schlussfolgerungen	16
5.1 Methode statt Blaupause	16
5.2 Ansatzpunkte für die deutsche Sozialdemokratie	17
5.2.1 Die Aktivierung historischer und struktureller Ressourcen	17
5.2.2 Allianzen zur Absicherung des Narrativs	17
5.3 Migration als Teil eines sozialdemokratischen Zukunftsprojekts	17
Abkürzungsverzeichnis	19
Literaturverzeichnis	20

Auf einen Blick

In Europas Sozialdemokratien stehen zwei migrationspolitische Erzählmuster als vermeintliche Alternativen im Raum: das dänische, das geschlossene Grenzen als Bedingung des Sozialstaats begreift, und das spanische, das Offenheit als Bedingung des Wohlstands rahmt. Der Gegensatz »Kopenhagen versus Madrid« prägt die Debatte. Dieses Papier untersucht beide Fälle und macht deutlich, dass hinter beiden Narrativen spezifische ökonomische Strukturen, institutionelle Arrangements und historische Pfade stehen, ohne die die Erzählungen nicht funktionieren würden. Anstatt nach dem übertragbareren Modell zu suchen, legt dieses Papier offen, unter welchen Bedingungen beide Narrative ihre Überzeugungskraft entfalten, und leitet daraus Orientierungspunkte für den deutschen Kontext ab.

Narrative wirken, weil sie Politik in etwas Erfahrbares übersetzen: Sie ordnen Komplexität, schaffen Kausalität und – womöglich ihr folgenreichster Einfluss – konstruieren ein kollektives »Wir«, das Zugehörigkeit definiert und Ausschluss legitimiert. Ihre Wirkung wird über ein Setting, einen Plot und Charaktere erzeugt und ist nur im Zusammenspiel mit bereits vorhandenen institutionellen und kulturellen Substraten stabil und wirkmächtig.

Dänemark: Die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats

Die dänischen Sozialdemokrat_innen rahmen Migration als fiskalisches Steuerungsproblem. Jede Krone im Asylsystem fehlt für Schulen und Renten. Obwohl die Sozialdemokraten dieses Narrativ maßgeblich geprägt haben, wurzelt seine anhaltende Wirkkraft in einer jahrzehntelangen, parteiübergreifenden Verankerung, die staatliche Behörden und ein breites politisches Spektrum gleichermaßen erfasst hat. Entscheidend ist dabei, dass es an eine gesellschaftlich tief verinnerlichte Vorstellung ethnischer Homogenität anknüpft. Mit sinkenden Asylzahlen erodiert das Narrativ des Wohlfahrtsstaats in Gefahr jedoch an seiner eigenen Grundlage und weicht zunehmend dem Sicherheitsdiskurs der Rechten.

Spanien: Migration als Wirtschaftsmotor

Die regierende sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) stellt Migration als demografische Notwendigkeit dar, die institutionell durch die Zentralbank, Wirtschaftsverbände und die Kirche validiert wird. Das Narrativ wurzelt in einer über Jahrzehnte gewachsenen Verflechtung von Migration und Wirtschaftswachstum in den Kernsektoren Bau, Tourismus und Landwirtschaft. Es beruht jedoch auf einer Verwertungslogik billiger Arbeitskräfte, die durch ökonomische Vernünftigkeit nicht aufgehoben wird.

Beide Narrative teilen eine strukturelle Grammatik: Sie verankern sich rückwärts in kollektiven Selbstverständnissen, richten sich vorwärts auf konkreten Nutzen aus und gewinnen Stabilität durch institutionelle Allianzen jenseits von Parteigrenzen.

Zur Formulierung eines sozialdemokratischen Migrationsnarrativs in Deutschland lassen sich daraus drei strategische Ansatzpunkte ableiten:

- die Aktivierung historischer und struktureller Ressourcen,
- der Aufbau breiter institutioneller Allianzen jenseits parteipolitischer Überlegungen und
- die Verankerung von Migration als selbstverständlichen Aspekt eines übergreifenden sozialdemokratischen Zukunftsprojekts.

Vor diesem Hintergrund bietet schon eine erste Vermessung des deutschen Terrains mehr Anknüpfungspunkte, das Thema Migration progressiv zu besetzen, als es die defensive Stimmungslage vermuten lässt.

1.

Einleitung

Von Keir Starmer's Labour Party über den Döskozil-Flügel der SPÖ bis in Kreise der deutschen SPD gilt der »Dänische Weg« als der lang gesuchte Ansatz gegen den rechten Vormarsch (vgl. Leonard 2025a; Meinhart 2023). Wer den Wohlfahrtsstaat hart gegen Migration abgrenzt, kann die Arbeiter_innenschaft zurückgewinnen, ohne ökonomisch nach rechts zu rücken. Dem gegenüber steht, oft vertreten durch linke Parteiflügel und Gewerkschaften, der Verweis auf Spaniens Pedro Sánchez. Sein Erfolg gilt als Beleg dafür, dass eine progressive Öffnungspolitik ebenfalls mehrheitsfähig ist, sofern sie ökonomisch klug gerahmt wird (vgl. Encarnación 2025).

In der politischen Debatte wird dies oft auf die Wahl zwischen »Kopenhagen oder Madrid?« bzw. »Härte oder Offenheit?« reduziert. Doch diese kommunikative Engführung ist für die Formulierung eines eigenen migrationspolitischen Narrativs wenig zielführend, denn politische Erfolgsrezepte und die zugehörigen Erzählungen lassen sich nur sehr bedingt von einem nationalen Kontext in einen anderen exportieren. Vielmehr sind sie das Resultat spezifischer historischer, ökonomischer und institutioneller Bedingungen – eines nationalen »Terrains«, in dem ein Narrativ auf vielfältige Weise verankert sein muss, um glaubwürdig und wirkmächtig zu sein.

In diesem Sinne dient der Vergleich der migrationspolitischen Erzählungen Spaniens und Dänemarks dem Verständnis ihrer Konstruktionslogiken: Wie werden aus strukturellen Gegebenheiten – dem dänischen Haushaltsgesetz, dem spanischen Arbeitskräftebedarf, den jeweils spezifischen Wohlfahrtsstaatslogiken – identitätsstiftende politische Geschichten und wie resonieren diese mit sozialdemokratischen Werten? Das vorliegende Papier leistet dabei bewusst keine umfassende inhaltliche Auseinandersetzung mit migrationspolitischen Maßnahmen. Sein analytischer Schwerpunkt liegt vielmehr auf der strategisch-kommunikativen Dimension: Wie formen sich politische Erzählungen über eine Auseinandersetzung mit ihren strukturellen Voraussetzungen, wie werden sie institutionell verankert und unter welchen Bedingungen bleiben sie tragfähig?

Die Analyse gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil wird erörtert, warum Narrative in polarisierten politischen Umfeldern bestimmen, wie wir über Politik denken und sprechen und welche kontextabhängigen Bedingungen ihren Erfolg befördern. Der zweite und dritte Teil wendet diesen Rahmen auf Dänemark und Spanien an – durch eine Rekonstruktion der jeweiligen Narrative, eine Analyse der historisch-institutionellen Terrains, die diese erst möglich gemacht haben, und eine kritische Bewertung ihrer Grenzen. Der vierte Teil stellt Überlegungen zu den strategischen Voraussetzungen für eine eigene, zukunftsfähige Erzählung an.

Dabei stützt sich die Analyse nicht nur auf eine Auswertung von Primärquellen und wissenschaftlicher Literatur, sondern wird durch Gespräche mit Expert_innen aus beiden Ländern ergänzt – darunter Dr. Susi Meret (Universität Aalborg) und Prof. Ferruh Yilmaz (Tulane University) sowie Vertreter_innen des FES-Büros in Madrid und Ansprechpartner_innen aus dem institutionellen Umfeld beider Länder.

2.

Die Bedeutung von Narrativen in Zeiten politischer Polarisierung

Politik umfasst mehr als Fakten und Daten. Narrative spielen in Wahlkämpfen und Regierungsarbeit seit jeher eine zentrale Rolle. Dies geht von der Beobachtung aus, dass Menschen Informationen primär durch Geschichten verarbeiten. Narrative reduzieren Komplexität, indem sie fragmentierte Informationen in kausale Zusammenhänge einordnen. Sie sind keine bloße rhetorische Technik, sondern eine grundlegende kognitive Strategie. Erfolgreiche politische Narrative folgen dabei einer erkennbaren Struktur: einem konkreten Setting, klar definierten Charakteren (Helden, Schurken, Opfer), einem kausalen Plot sowie einer Moral, die die politische Lösung als logische Konsequenz erscheinen lässt.¹

Doch nicht jede gut konstruierte Geschichte verfängt automatisch. Der Kontext, die Glaubwürdigkeit der Sender_innen und die Empfänglichkeit der Adressat_innen sind drei notwendige, aber nicht hinreichende Erfolgsbedingungen.

Bedingungen für ein erfolgreiches Narrativ

1. **Der Kontext zählt.** Narrative wirken besonders dort, wo Menschen nach Orientierung suchen – bei Unsicherheit, Komplexität und wahrgenommener Bedrohung. Migration erfüllt diese Bedingungen: Das Thema ist vielschichtig, emotional aufgeladen und steht regelmäßig im Zentrum öffentlicher Debatten.
2. **Das Narrativ muss glaubwürdig sein.** Dies impliziert interne Kohärenz und externe Evidenz. Politische Akteur_innen benötigen Daten, die ihre Geschichte stützen – auch wenn diese oft selektiv präsentiert werden. Ebenso wichtig ist die Vertrauenswürdigkeit der Absender_innen. Parteien mit langjähriger Kompetenz in einem Politikfeld (*issue ownership*) werden eher gehört als Neueinsteiger_innen ohne vorzuweisende Erfolgsbilanz.
3. **Die Adressat_innen müssen empfänglich sein.** Wirksame Narrative aktivieren die Vorstellungskraft und lassen Menschen die jeweiligen Geschichten bildlich erleben. Sie bestätigen bestehende Überzeugungen, statt Widerspruch zu erzeugen. Sie passen zu Identität, Werten und wahrgenommenen Interessen der Zielgruppe.

Hinzu kommt: Was in einem Land mobilisiert, kann in einem anderen fremd wirken. Narrative sind eingebettet in bereits bestehende politische Kämpfe und historisch gewachsene Deutungsmuster. Der gesellschaftliche Common Sense² – also das, was als selbstverständlich gilt – ist wesentlich durch gewachsene Strukturen geprägt.

Verfassungen kodifizieren bestimmte Werte. Wohlfahrtsysteme stehen für spezifische Solidaritätsvorstellungen. Wirtschaftsmodelle prägen materielle Realitäten und Verteilungskonflikte. Bildungssysteme vermitteln bestimmte Geschichten über die nationale Identität. Mediale Strukturen verstärken einige Stimmen und marginalisieren andere. Narrative sind Strategien, mit denen politische Kräfte auf »spezifische historische Situationen rekursiv – also erfahrungsinduziert – reagieren« (Kannankulam, Georgi 2012:39). Ein Narrativ kann nur verfangen, wenn es an den Common Sense anknüpft. Dies schafft einen Korridor möglicher Narrative, der zwischen Gesellschaften variiert. Auch wenn politische Auseinandersetzungen zunehmend transnational vernetzt sind, wirken politische Narrative vor allem national.

Insbesondere seit dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen in Europa und den USA in den 2010er-Jahren ist eine weitere Dimension von Narrativen stärker ins Blickfeld gerückt: die Identitätsstiftung. Hier erfüllen Narrative eine Doppelfunktion. Sie bieten konkrete *policy*-Lösungen an, verankern diese jedoch in einer kollektiven Identität. Das konstruierte »Wir« fungiert als archimedischer Punkt der Erzählung, und die politische Maßnahme erscheint nicht als beliebige Option, sondern als logische Konsequenz des eigenen Wesens (»Wir tun dies, weil wir so sind«). Gleichzeitig wirkt die Erzählung auf die Gruppe zurück. Indem die *policy* erfolgreich als Ausdruck der eigenen Werte gerahmt wird, bestärkt sie jenes »Wir«, dem sie entsprungen ist.

Für eine sozialdemokratische Politik, die nach erfolgreichen Narrativen sucht, ergeben sich daraus zwei analytische Konsequenzen:

Analyse des Terrains

Politische Narrative wirken nie im luftleeren Raum, sondern sind stets in ein nationales, strategisch-selektives (vgl.

¹ Für die theoretische Fundierung dieser Strukturmerkmale siehe grundlegend Jones, McBeth (2010). Die vorliegende Arbeit stützt sich in ihrer Analyse maßgeblich auf das von ihnen begründete Narrative Policy Framework (NPF).

² Für Gramsci ist Common Sense (it: *senso comune*) ein fragmentarisches, vor-kritisches Weltbild bestimmter sozialer Schichten. Obwohl nicht universell geteilt, gilt es vielen als unhinterfragbare Normalität, die so den gesellschaftlichen Status quo effektiv legitimiert. (vgl. Hall/ O'Shea 2013: 9).

Jessop 1999) Terrain eingebettet. Erfolgreiche Strategien lassen sich daher nicht importieren, sondern müssen am gesellschaftlich-spezifischen Common Sense ansetzen: Welche latenten Solidaritätsvorstellungen und Gerechtigkeitsnormen, die sich progressiv wenden lassen, sind im lokalen Alltagsverstand verankert?

Die Partei als Organisatorin des »Wir«

In einem antagonistischen Umfeld reicht *policy* allein nicht aus. Als »Moderner Prinz« (vgl. Spours 2016) muss die Partei proaktiv einen kollektiven Willen konstruieren. Sie bündelt disparate Gruppen durch ein konsistentes Deutungsangebot, das materielles Regierungshandeln in eine identitätsstiftende Erzählung übersetzt. Ein Erneuerungsprojekt stabilisiert sich erst dann, wenn es der eigenen Klientel nicht nur ökonomische Antworten, sondern auch eine kulturelle Beheimatung bietet.

Anhand der migrationspolitischen Narrative in Dänemark und Spanien wird im Folgenden skizziert, wie sozialdemokratische Parteien unter verschiedenen Bedingungen agieren. Im Zentrum stehen dabei die identifizierten Erfolgsbedingungen: Wurde das nationale Terrain so vermessen, dass die Erzählung im historischen Common Sense resoniert? Und dienen diese spezifischen Narrative zur Konstruktion eines langfristigen »Wir«, das dem rechten Aufstieg nicht nur kurzfristig begegnet, sondern als Basis für eine progressive Gegenhegemonie Bestand hat?

3.

In der Praxis: Dänemark

3.1 Der dänische Universalitätsanspruch

Das dänische Modell nimmt in der aktuellen Debatte um die Erneuerung der europäischen Sozialdemokratie eine besondere Stellung ein. Kaum eine andere Partei wird derzeit so häufig als Orientierungspunkt zitiert wie die dänische Socialdemokraterne. Frederiksen hat ihre Partei nach Jahren in der Opposition zurück an die Regierung geführt und sich im März 2026 erneut als stärkste Kraft behauptet.³ Diese Erfolgsgeschichte wird von den Parteistrateg_innen als politisches Exportprodukt vermarktet. Akteure wie der Minister für Ausländer und Integration, Kaare Dybvad Bek, oder Frederiksens langjähriger Spindoktor Martin Rossen veröffentlichen regelrechte *playbooks* in internationalen Medien. Mit Artikeln wie »Was die SPD von Dänemark lernen kann« oder »Denmark

shows how Labour can defeat the populist right« stilisieren sie ihre nationale Strategie zu einer generalisierbaren Lösung für die Krise der europäischen Sozialdemokratie (Leonard 2025b, Dybvad Bek 2025). Frederiksen selbst begegnet europäischen Zweifler_innen dabei gerne mit einem pragmatischen Argument: »If they have better policies, why aren't they winning elections?« (Frederiksen zitiert in POLITICO 2026)

Wenn dänische Strateg_innen ihr Modell erklären, betonen sie vor allem einen taktischen Schritt: die konsequente Entkopplung der Migrationsdebatte von kulturellen oder ethnischen Fragen. In ihrer Selbstdarstellung geht es nicht um Identität, sondern allein um die ökonomische Überlebensfähigkeit des Wohlfahrtsstaats. Diese Rahmung soll die Härte der Maßnahmen als sozialdemokratische Fürsorge legitimieren.

3.2 Das Dänische Narrativ: Die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats

Das Setting: Das ökonomische Nullsummenspiel

Der Wohlfahrtsstaat ist ein geschlossenes System, das finanziell kollabiert, wenn die Balance zwischen Einzahler_innen und Empfänger_innen kippt. Die Kernbotschaft lautet: Nicht-westliche Migration kostet den Staat jährlich netto 31 Milliarden Kronen (Finansministeriet 2020). Der Staatshaushalt wird zur Nullsummen-Arena erklärt. Jede Krone, die in das Asylsystem fließt, fehlt für die Schulen, Krankenhäuser und Renten der dänischen Arbeitnehmer_innen.

Die Charaktere: Die Elite gegen die Realität

Schurken: Der Gegner sitzt in den eigenen Reihen. Es ist vor allem die kosmopolitische – von Bildungsminister Mattias Tesfaye als »kreative Klasse« bezeichnete – Elite, die er räumlich und sozial von der Allgemeinheit abgekoppelt sieht. So wirft er ihr vor, sie schotte sich ab und sei sich sehr wohl bewusst, »in welchen Vierteln es sich zu leben lohnt«⁴ (Teskfaye 2017). Ihr moralisches Vergehen besteht laut dem Minister für Ausländer und Migration Kaare Dybvad Bek darin, die soziale Realität auszublenden und sich stattdessen über ihre Mitbürger lustig zu

machen, die sich über Integrationsprobleme beschweren (Dybvad Bek 2017), während sie selbst in sozialer Sicherheit leben.

Opfer: Der dänische Arbeiter (Symbolfigur »Arne«) leidet nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern vor allem auch unter mangelnder Anerkennung. Sein legitimer Wunsch nach Grenzkontrollen wurde jahrelang als Rassismus delegitimiert. Er steht stellvertretend für eine Solidargemeinschaft, deren Vertrauen durch die unkontrollierte Zuwanderung überstrapaziert wird.

Helden: Mette Frederiksen, gestützt von einem loyalen Parteikader, inszeniert sich als die einzig authentische Sozialdemokratin: »Being a traditional Social Democratic thinker means you cannot allow everyone who wants to join your society to come«. Andernfalls sei es »impossible to have a sustainable society, especially when you are a welfare society like we are«. Legitimiert wird dieser Führungsanspruch durch ihren Bruch mit der naiven Vergangenheit: »For decades, it was as if the politicians in Christiansborg and the population lived in separate worlds. I know. Because I myself understood much too late how bad it was.« (Leonhardt 2025)

³ Mit rund 21,9 % erzielten die Socialdemokraterne jedoch ihr schwächstes Ergebnis seit 1903. Frederiksen ist die voraussichtliche Regierungschefin, die Regierungsbildung in einem stark fragmentierten Parlament steht jedoch noch aus (Stand April 2026). Auch wenn dieses Ergebnis als herber Dämpfer für die Partei aufgefasst werden muss (vgl. Tagesspiegel 2026), bleibt Frederiksen eines der einflussreichsten Gesichter der europäischen Sozialdemokratie.

⁴ Im dänischen Original: »bevidste om, hvilke områder der er værd at bo i« (Teskfaye 2017). Teskfaye zieht hier einen direkten Vergleich zur wirtschaftlichen Oberschicht, um die räumliche und soziale Abkapselung der akademischen Elite von der Arbeiterklasse zu verdeutlichen.

Der Plot

In einer globalisierten Welt wirkt Dänemarks Wohlfahrtsstaat wie ein Magnet, und offene Grenzen führen zwangsläufig zu einer Überlastung des Systems. Die eigentliche Tragödie ist innenpolitischer Natur: Kosmopolitische Eliten delegitimierten Arnes Wunsch nach Kontrolle als Rassismus und ignorierten seine Sorgen. Der Wendepunkt kam 2015, als Bilder unkontrollierter Flüchtlingsströme das Versagen der Grenzen sichtbar machten. Frederiksen übernahm die Partei, vollzog den Bruch mit den kosmopolitischen Eliten und stellte sich demonstrativ auf Arnes Seite. Die Lösung sollte darin bestehen, den Magneten abzuschalten. Alle Aufenthalte wurden explizit temporär, das Ziel lautete null Asylantträge, und Integration wurde durch Rückkehrprogramme ersetzt (Sandberg 2025). Arne gewinnt seine Würde zurück, weil er politisches Gehör findet.

Moral: Solidarität nach innen

Die Sozialdemokrat_innen beanspruchen die stärkste *issue ownership* über den Wohlfahrtsstaat. Dies ist ihr Kernthema. Aus dieser Position ergibt sich die konstruierte Zwangslage des Wohlfahrtsstaats als geschlossenes System gegenseitigen Vertrauens, das entweder strikte Kontrolle oder Kollaps impliziert. Demzufolge sind Migrationskontrollen leider notwendig, um die Privilegien der nationalen Basis in der globalisierten Ökonomie zu sichern. Dies sei laut Narrativ keine Abkehr von sozialdemokratischen Werten, sondern deren Verteidigung (vgl. Frederiksen 2019).

3.3 Analyse des Terrains

3.3.1 Die ökonomische Tiefenstruktur des Wohlfahrtsstaats

Der Wohlfahrtsstaat bildet in Dänemark den zentralen Identitätskern, für den Dän_innen einen Großteil ihrer Einkommens aufwenden. Überschlagen lässt sich errechnen, dass 80 % der Bevölkerung 80 % der Steuern zahlen, um wiederum 80 % der Leistungen zu empfangen (Lehmann 2011). Da die Bürger_innen dieses System über massive Abgaben selbst finanzieren, wird es nicht als staatliches Almosen, sondern als teuer erkaufte, persönliche Investition wahrgenommen, deren Stabilität kompromisslos eingefordert wird.

Produktivitätshürden und Arbeitsmarktstruktur

Der Erhalt dieses Niveaus erfordert hohe Einstiegslohne (ca. 20 Euro/Stunde) und entsprechende Produktivität. Geringqualifizierte Migrant_innen scheitern oft an dieser Hürde. Laut OECD (2025) liegt die Beschäftigungslücke zwischen Einheimischen und Nicht-EU-Migrant_innen in Dänemark bei ca. 18–20 Prozentpunkten und damit deutlich höher als im deregulierten Arbeitsmarkt Großbritanniens (ca. 5–8 Punkte). Anders als dort führt das Fehlen von Qualifikationen in Dänemark nicht in den Niedriglohnsektor, sondern eher in die Arbeitslosigkeit und wird damit zur Belastung für die Steuerzahler_innen.

Fiskalische Restriktionen

Verschärft wird diese Sensibilität durch das Haushaltsgesetz (Budgetloven) von 2012, das Verschuldung für laufende Kosten faktisch verbietet. Trotz extrem niedriger Staatsverschuldung (ca. 30 % des BIP 2024, zum Vergleich in Frankreich über 110 %) agiert Dänemark unter künstlicher Knappheit. Mehrausgaben für Flüchtlinge erzwingen aufgrund strikter kommunaler Deckel oft unmittelbare Kür-

zungen in anderen Sektoren, was die Konkurrenz um die Steuergelder direkt spürbar macht (Suenson et al. 2016).

3.3.2 Historisch-kulturelle Verwurzelung: Die Genese der exklusiven Solidarität

Die Wirkmacht des Narrativs wird auch durch die spezifische Entwicklung des dänischen Wohlfahrtsstaats ersichtlich. Dänemark war bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts eine der ethnisch homogensten Gesellschaften Europas. Bis 1980 waren 97 % der in Dänemark lebenden Menschen auch im Land geboren (Jørgensen et al. 2015). Selbst auf dem Höhepunkt der Gastarbeiteranwerbung um 1973 lag die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer_innen lediglich bei ca. 20.000. Dies war eine quantitativ kleine Gruppe, die jedoch für die dänische Gesellschaft die erste Begegnung mit nicht-nordischer Zuwanderung markierte (Wium Olesen et al. 2019). Diese Homogenität wurde als Grundpfeiler der Gesellschaft und selbstverständlicher Rahmen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität verstanden.

»Danmark for folket« – Die nationale Codierung

Bereits in den 1930er-Jahren legte der sozialdemokratische Ministerpräsident Thorvald Stauning mit dem Programm Danmark for folket (Dänemark für das Volk) das ideologische Fundament. Ursprünglich war dieser Slogan klassenpolitisch gemeint, um Arbeiter- und Bauernklasse zu vereinen. Im Laufe der Zeit entwickelte sich daraus jedoch ein Verständnis von Solidarität, das den Wohlfahrtsstaat als exklusives Gut der nationalen Gemeinschaft definierte. Der dänische Universalismus galt somit historisch für alle Dän_innen und nicht zwangsläufig für alle Bewohner_innen des Territoriums (Campani/Lazaridis/Benveniste 2016: 6).

Der Bruch der Homogenität und die Entstehung des Wohlfahrtschauvinismus (1980er-Jahre)

In den 1980er-Jahren wandelte sich die Demografie durch den Familiennachzug von Gastarbeiter_innen und einen Anstieg der Asylanträge, die bis zum Höchstjahr 1986 von unter 3.000 auf über 9.000 kletterten. Obwohl diese Zahlen im internationalen Vergleich niedrig waren – Deutschland verzeichnete bereits 1980 über 100.000 Anträge und Schweden im selben Jahr doppelt so viele wie Dänemark –, lösten sie in Dänemark intensive mediale Debatten über eine »Ausländerschwemme« aus. Der »Schutz des Wohlfahrtsstaats« wurde bereits damals zum Synonym für die Verteidigung des dänischen Way of Life. Diese Deutung diffundierte zunehmend in die Sozialdemokratie, befeuert durch die Bürgermeister der Kopenhagener Westvororte (Vestegnen), die vor der Entstehung kultureller Parallelgesellschaften warnten (Wium Olesen et al. 2019).

3.3.3 Mainstreaming des Wohlfahrtschauvinismus

Die heutige Position der dänischen Sozialdemokrat_innen ist das Ergebnis eines langen Prozesses. Über Jahrzehnte hinweg verinnerlichte die Partei die Logik des Wohlfahrtschauvinismus, getrieben von strategischen Notwendigkeiten und dem Druck der politischen Gegner_innen.

Die ideologische Vorarbeit: Rasmussens »Recht und Pflicht« (1990er-Jahre)

Den Grundstein für den Kurswechsel legte Poul Nyrup Rasmussen bereits in den 1990er-Jahren. Obwohl er sich moralisch strikt von den Rechtspopulist_innen abgrenzte und der Dänischen Volkspartei (DF) die »Stubenreinheit«⁵ absprach, führte er eine entscheidende diskursive Weichenstellung durch: Er übertrug die klassische arbeitsmarktpolitische Doktrin von »Recht und Pflicht« (Ret og Pligt) auf die Integrationspolitik. Damit etablierte er innerhalb der Sozialdemokratie den Gedanken, dass der Zugang zu Sozialleistungen kein universelles Menschenrecht sei, sondern eine Belohnung für kulturelle Anpassung und ökonomische Nützlichkeit (Wium Olesen et al. 2019).

Der Dambruch: Die DF als Königsmacherin (2001–2011)

Der eigentliche Katalysator für die Verschiebung des gesamten politischen Spektrums war jedoch die Regierungszeit der Liberalen ab 2001. Die Dänische Volkspartei fungierte in dieser Dekade als parlamentarische Mehrheitsbeschafferin und nutzte diese Position für ein effektives Tauschgeschäft: Sie sicherte der Regierung Mehrheiten für liberale Wirtschaftsreformen, solange sie im Gegenzug die Migrationspolitik diktieren durfte. In dieser Phase wurde die Nullsummenlogik, also die Vorstellung, dass Migration den Wohlfahrtsstaat finanziell ruiniere, zum politischen

Mainstream und stieß auch bei der Opposition kaum auf Gegenwind (Meret 2025).

Die Regierungszeit von Helle Thorning-Schmidt (2011–2015)

Sie war geprägt von einer Konsolidierung des restriktiven Pfads unter sozialdemokratischer Führung. Zwar nahm ihre Regierung symbolische Härten zurück, etwa durch verbesserte Haftbedingungen in Asylzentren, doch blieben die restriktiven Strukturen der Gesetzgebung unangetastet, da das Narrativ des Konflikts zwischen Zuwanderung und starkem Wohlfahrtsstaat parteiintern bereits als unanfechtbar galt. Schon 2011 verankerte die Programmatik »Eine faire Lösung« die Prämisse, dass der Sozialstaat vor Migration geschützt werden müsse. Dieser Kurs mündete spätestens im Wahlkampf 2015 in einen offenen Wohlfahrtsnationalismus, in einer Zeit, als humanitäre Rhetorik einer ökonomischen Härte wich. Mit Slogans wie »Kommst du nach Dänemark, musst du arbeiten« bestätigte Thorning-Schmidt⁶ die Logik, dass Solidarität eine exklusive Ressource sei, die durch strikte Konditionalität geschützt werden müsse. Diese Weichenstellung ebnete den Weg für die spätere Politik des Paradigmenwechsels (Meret 2025).

3.3.4 Synthese: Migrationskontrolle als gesellschaftlicher Common Sense

Der dänische Common Sense, an den Mette Frederiksens Erzählung anknüpft, hat sich über Jahrzehnte in die Materialität des Staats eingeschrieben. Die argumentative Munition des Diskurses stammt nicht aus rechten Think-Tanks, sondern wird von der staatlichen Bürokratie selbst produziert und reproduziert. Wenn nationale Statistikbehörden und Ministerien eigene Kategorien für nicht-westliche Bürger_innen etablieren und deren Nettokosten für den Staatshaushalt exakt berechnen, erhält das Narrativ der Belastung eine offizielle Objektivität.

Für die Sozialdemokrat_innen bestand das strategische Manöver also nicht darin, einen neuen Diskurs zu begründen, sondern sich die Kompetenz zuzuschreiben, diesen staatlich beglaubigten Realitäten am effektivsten zu begegnen. Sie positionierten sich als die glaubwürdigsten Beschützer eines Wohlfahrtsstaats, der kulturell als exklusives kollektives Eigentum codiert ist und dessen Bedrohungsszenario bereits institutionell verankert war.

Diese spezifische Konstellation erklärt auch, warum der Dänische Weg kaum auf andere nationale Kontexte übertragbar ist. Die Blaupause setzt implizit die dänischen Grundbedingungen einer weitgehend homogenen Gesellschaftshistorie und einer polit-ökonomischen Struktur voraus, die Migration primär als Kostenfaktor verbucht und als solchen in Statistiken und Diskursen reproduziert. In Län-

⁵ Der damalige sozialdemokratische Premierminister prägte diesen Begriff am 7. Oktober 1999 in der Eröffnungsdebatte des dänischen Parlaments (*Folketinget*), als er sich direkt an die Dänische Volkspartei wandte: »Egal, wie sehr Sie sich auch anstrengen – in meinen Augen werden Sie niemals stubenrein sein!« (Im dänischen Original: »Uanset, hvor mange anstrengelser, man gør sig - set med mine øjne - stuerene, det bliver I aldrig!«) (Rasmussen 1999).

⁶ Im dänischen Original: »En Fair Løsn« und »Kommer du til Danmark, skal du arbejde«. Diese Slogans waren im Frühjahr 2015 die zentralen Botschaften einer landesweiten Plakatkampagne der dänischen Sozialdemokraten (vgl. Mark 2015).

dern, in denen Migration historisch als ökonomische Notwendigkeit oder kulturelle Normalität verankert ist, fehlt dem dänischen Modell das grundlegende Substrat.

3.4 Die Grenzen des dänischen Narrativs

Um die Tragfähigkeit des dänischen Modells zu bewerten, lohnt ein kritischer Blick auf dessen zentrale These, nämlich dass eine ökonomische Rahmung der Migration der Schlüssel zur Einhegung rechtspopulistischer Erfolge sei. Historisch betrachtet ist diese Annahme fragwürdig. Bereits seit den späten 1990er-Jahren versuchten dänische Regierungen, mit restriktiven Maßnahmen und Verweisen auf die Kosten der Zuwanderung Wähler_innen zurückzugewinnen – ohne dass die Unterstützung für die Rechtspopulist_innen dadurch nachhaltig zurückgegangen wäre.

Das Narrativ trägt eine strukturelle Schwäche in sich: Wer Migration konsequent als fiskalisches Steuerungsproblem rahmt, entzieht sich bei sinkenden Asylzahlen selbst das Thema, denn bei ca. 1.800 Anträgen im Jahr 2025, nur 860 genehmigten Anträgen im Jahr 2024 (vgl. AFP 2026) und einem System auf Existenzminimum lässt sich eine akute Bedrohungslage kaum noch überzeugend darstellen. Dabei war bereits seit mindestens 2019 erkennbar, dass negative Einstellungen gegenüber Migration in der Bevölkerung primär durch Sicherheitsbedenken motiviert sind und nicht durch sozioökonomische Bedrohungswahrnehmungen (Hercowitz-Amir et al. 2019).

Die strategische Konsequenz war eine Verschiebung des Diskurses in die Arena der Sicherheitspolitik und kulturellen Bedrohung. Die Sozialdemokratie unter Frederiksen adressiert zunehmend Sicherheitsängste, die traditionell Kernkompetenz der Rechten waren, und übernimmt dabei deren Deutungsrahmen, ohne einen eigenen anzubieten.⁷ Dass es sich dabei nicht um eine kohärente ökonomische Logik handelt, sondern um selektive Problemkonstruktion, zeigt der Vergleich mit geflüchteten Ukrainer_innen. Deren Erwerbsquote stagniert zwar bei 53 %, doch niemand spricht von einem bedrohten Wohlfahrtsstaat. Migrant_innen aus MENAPT-Ländern (Middle East, North Africa, Pakistan and Türkei, dänische Kategorie für nicht-westliche Migration) hingegen werden weiterhin als Kostenposten geframt, obwohl ihre Erwerbsbeteiligung zuletzt historische Höchststände erreichte (Männer ca. 71 %). Welches Kriterium liegt dieser Unterscheidung folglich zugrunde? Bildungsminister Tesfaye deutete es an: Positive ökonomische Daten allein reichten nicht aus; entscheidend sei die »kulturelle Integration« (Neff, Scherrer 2022). Die Verknüpfung von kultureller Fremdheit und Sicherheitsrisiko ist in der

dänischen Öffentlichkeit hinreichend etabliert, um ohne Ausformulierung zu funktionieren.⁸

Ob die dänischen Sozialdemokraten damit langfristig erfolgreich bleiben, ist offen. Kritik der eigenen Basis an Maßnahmen wie der Abschaffung des Feiertags Store Bededag oder die perspektivische Anhebung des Rentenalters konterkarieren die sozialpolitische Erzählung von innen. Und die entscheidende Frage bleibt: Kann eine Partei, die auf Sicherheitsframes der Rechten setzt, auf diesem Terrain dauerhaft konkurrenzfähig bleiben? Oder stärkt sie damit letztlich die Glaubwürdigkeit des Originals?

⁷ Frederiksen wird in der dänischen Presse mit folgenden Worten zitiert: »Many of us are aware that an attack can occur at an S-train station, or that a young guy can be sitting alone in the back of a bus, and suddenly two or three individuals with an Arab background come in and assault him. That insecurity is the absolute biggest problem (...)« – und weiter: »This fundamentally changes only when the Muslim community in Denmark itself says that everyone must behave properly.« (Larsen 2025). Diese Sprache unterscheidet sich merklich von jener, mit der das dänische Modell gegenüber europäischen Schwesterparteien als nüchtern-pragmatische Wohlfahrtsstaatspolitik vermarktet wird.

⁸ Dabei sind die zugrundeliegenden Wahrnehmungen empirisch kaum gedeckt: Dänen überschätzen die Kriminalitätsrate junger MENAPT-Männer um fast das Achtfache (27 % statt 3,5 %). Dieser Befund macht den gesellschaftlichen Resonanzboden für sicherheitspolitische Rahmungen sichtbar, ohne dass die Politik ihn geschaffen haben müsste (vgl. Nielsen et al. 2025).

4. Spanien

4.1 Öffnung statt Abschottung – der spanische Gegenentwurf

Spanien ist neben Dänemark das Land, dessen migrationspolitisches Narrativ in der europäischen Sozialdemokratie derzeit am intensivsten diskutiert wird. Pedro Sánchez, Ministerpräsident und Vorsitzender der Partido Socialista Obrero Español (PSOE), regiert seit 2018 und seit 2023 in einer Minderheitskoalition. Zuletzt hat das Vorhaben seiner Regierung, über 500.000 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus durch ein einmaliges Legalisierungsverfahren in den regulären Arbeitsmarkt zu überführen, für internationale Aufmerksamkeit gesorgt. In der globalen Bericht-

erstattung wurde der Schritt einhellig als Ausnahmefall in einem Europa der Restriktion eingeordnet (vgl. z.B. Jones 2026, Tagliapietra 2026, Wandler 2026).

Ähnlich wie die dänischen Sozialdemokrat_innen beschränkt sich die PSOE nicht auf eine rein innenpolitische Kommunikation ihres Narrativs. Dass Sánchez Anfang 2026 unter dem Titel »I'm the Prime Minister of Spain. This Is Why the West Needs Migrants« einen Gastbeitrag für die New York Times (Sánchez 2026) verfasst, macht deutlich, dass sich Spanien als gewichtige Stimme in der internationalen Debatte zu Wort meldet, und bietet sozialdemokratischen Parteien in Europa explizit ein Orientierungsangebot.

4.2 Das Spanische Narrativ: Migration als Wirtschaftsmotor

Das Setting

Das demografische Dilemma: Seinen Beitrag in der New York Times eröffnet Sánchez mit einer existenziellen Bedrohung für den Wohlstand Spaniens: Wie der gesamte Westen stehe das Land vor einem »sharp demographic decline«, der das Renten- und Gesundheitssystem akut gefährdet. Das Setting betont die Alternativlosigkeit menschlicher Arbeitskraft. Sánchez stellt klar, dass »Neither A.I. nor robots« diese Lücke kurzfristig füllen können. Auf dem Spiel stehe der spanische Sozialstaat, ohne Handeln drohe Spanien ein »closed and impoverished« Land zu werden (Sánchez 2026)

Die Charaktere

Schurken: Der Gegner ist eine politische Klasse, die die demografische Realität leugnet und lieber untergeht als zuzugeben, dass Migration notwendig ist. Sánchez bezeichnet diese Kräfte als »MAGA-style leaders« – ein Begriff, der rechte Politiker_innen als Importeure einer nicht-spanischen, fremden, aggressiven Ideologie markiert. Ihre Methoden seien »both unlawful and cruel« (Sánchez 2026); wer Migrant_innen jage und abschiebe, statt sie zu integrieren, wähle Isolation, Knappheit und Niedergang. Der Vorwurf ist dabei weniger an die spanische Bevölkerung als an jene politischen Akteur_innen gerichtet, die ihr ein falsches Bild der Realität verkauft.

Opfer: Das Narrativ konstruiert zwei überlappende Opfergruppen. Erstens die Migrant_innen selbst, also Men-

schen, die bereits in der Gemeinschaft leben und arbeiten, aber rechtlich in der Schwebelage sind und ihre Pflichten nicht erfüllen können, selbst wenn sie es wollten. Zweitens die spanische Gesellschaft als Ganzes, die Gefahr läuft, zu verarmen, weil die Politik der Abschottung ihre eigene wirtschaftliche Basis untergräbt.

Helden: Pedro Sánchez inszeniert sich und seine Partei als Pragmatiker mit moralischem Rückgrat. Die Held_innen sind nicht nur die Regierung, sondern die »nearly two of three Spaniards«, die Migration als Notwendigkeit begreifen (Sánchez 2026). Diese breite gesellschaftliche Mehrheit bildet zusammen mit der Zivilgesellschaft (900 NRO und die Kirche, die den Vorstoß zur Regularisierung unterstützten) und der Wirtschaft ein Bündnis der Vernunft

Der Plot

Während der Rest des Westens in eine Spirale aus Abschottung und Arbeitskräftemangel gerät, nutzt Spanien sein historisches Gedächtnis an die eigene Emigration, um Migration als Ressource statt als Sicherheitsrisiko zu behandeln – mit dem Ergebnis einer demographischen Dividende, die anderen verwehrt bleibt. Der gegenwärtige Beschuss von rechts (z.B. durch Spaltung und Falschmeldungen) (vgl. z.B. Democrata 2026) wird in diesem Narrativ als demagogische Bedrohung eines funktionierenden Projekts gerahmt, der es standzuhalten gilt.

Moral: Nicht vom Weg abbringen lassen

Die Regularisierung ist kein Gnadenakt, sondern die logische Konsequenz des eigenen Erfolgsrezepts. Wer bereits arbeitet, in der Gemeinschaft lebt und Steuern zahlen könnte – aber nicht darf – wird aus der Schat-

tenwirtschaft geholt und in den regulären Kreislauf überführt. Spanien hat bereits bewiesen, dass Offenheit Wohlstand schafft. Mit der Regularisierung setzt das Land nun noch entschlossener auf diese Erkenntnis.

4.3 Analyse des Terrains

4.3.1 Das spanische Wachstumswunder

Spanien war für den Großteil des 20. Jahrhunderts selbst ein Auswanderungsland. Allein zwischen 1960 und 1973 verließen jährlich etwa 100.000 Menschen das Land (Hooper 2019). Der Wendepunkt kam mit dem Ende der Franco-Diktatur 1975 und dem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1986. Seitdem wuchs die ausländische Bevölkerung von 279.000 im Jahr 1990 auf knapp fünf Millionen im Jahr 2009. Besonders mit der Einführung des Euro veränderte sich Spaniens Wirtschaftsdynamik grundlegend. Zwischen 1997 und 2007 wuchs die Wirtschaft mit durchschnittlich 3,5 % jährlich und damit fast doppelt so schnell wie im EU-Durchschnitt. Dieses Wachstum wurde vor allem von arbeitsintensiven Sektoren mit geringerer Effizienz angetrieben, also von jenen, die von billigem Kapital und lockeren Regulierungen am stärksten profitierten (García-Santana et al. 2020).

Der Bausektor zieht durch Tourismus und grüne Transformation bis heute kontinuierlich Investitionen an. Seine migrationspolitische Prägekraft aber entstand in den 2000er-Jahren. Zwei Faktoren schufen gemeinsam eine explosive Mischung: Das Bodengesetz von 1998 erklärte nahezu alles spanische Land für potenziell bebaubar und läutete eine Dekade der Immobilienspekulation ein. Der Euro-Beitritt senkte die Realzinsen zeitweise ins Negative und verstärkte diesen Trend zu einem regelrechten Baurausch. Den Hunger nach Arbeitskräften stillte vor allem die Migration: Der Anteil ausländischer Beschäftigter im Bau lag bei über 20 % und damit doppelt so hoch wie im sektoralen Durchschnitt (Doménech et al. 2024). Als die Blase 2008 platzte und zwei Drittel aller Bauarbeitsplätze wegfielen, kehrten bis 2013 fast zwei Millionen im Ausland geborene Menschen Spanien erneut den Rücken. Die Arbeitslosigkeit unter Nicht-EU-Migrant_innen stieg drastisch an. Dennoch erzeugte diese Logik kaum politischen Widerspruch, denn das Modell war von Anfang an strikt nachfrageorientiert konzipiert: Migration floss dorthin, wo sie gebraucht wurde, und zog sich zurück, wenn der Bedarf versiegte. Heute erholt sich der Sektor und kehrt zum selben Prinzip zurück: Einheimische Arbeitskräfte meiden ihn, der Anteil ausländischer Beschäftigter übersteigt erneut 20 %, Migration bleibt damit strukturell unverzichtbar.

Der Tourismussektor ist die treibende Kraft hinter dem spanischen Wirtschaftswachstum. Mit jährlichen Rekorden, die inzwischen knapp 95 Millionen Besucher erreichen, zählt Spanien regelmäßig zu den drei meistbesuchten

Ländern der Welt. Fast 14 % der Gesamtbeschäftigung entfallen auf diesen Sektor. Zwei strukturelle Merkmale sind dabei entscheidend. Tourismus ist zum einen auf physische Präsenz angewiesen – Zimmer müssen gereinigt, Essen zubereitet, Gäste betreut werden. Gleichzeitig steigen die Besucherzahlen seit den 1970er-Jahren kontinuierlich, während die einheimische Bevölkerung schrumpft, altert und zunehmend Jobs meidet, die körperlich belastend, saisonal befristet und schlecht bezahlt sind. Auch hier spielt die Migration über zwei institutionell unterschiedliche, faktisch aber komplementäre Wege eine Rolle. Der formale Pfad läuft über das GECCO-System (Gestión Colectiva de Contrataciones en Origen): Arbeitgeber_innen werben Arbeitskräfte direkt in den Herkunftsländern an und binden sie an saisonale Verträge. Seit 2022 dürfen diese über vier Jahre hinweg jeweils neun Monate arbeiten, bevor sie eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung beantragen können. Der informelle Pfad speist sich aus der Schattenwirtschaft, die in Spanien mit 18–24 % des BIP zu den größten Europas gehört und deutlich über Deutschland (12–13%) und weit über Ländern wie Dänemark (unter 7%) liegt (Europäisches Parlament 2022). Spaniens Abhängigkeit vom Tourismus als Einnahmequelle hat Einfluss auf die Migrationspolitik, denn Tourismus ist lokal gebunden, arbeitsintensiv und somit ständig auf der Suche nach günstiger und flexibler, migrantischer Arbeitskraft.

Die Landwirtschaft wurde nach dem Platzen der Immobilienblase zu einem noch wichtigeren Faktor in Spaniens wirtschaftlichem Modell. Besonders in der Region Almería im Süden des Landes erstrecken sich mit Plastik bedeckte Ackerflächen über Zehntausende Hektar. Mit über 25 Millionen Tonnen Obst und Gemüse jährlich ist das Land der größte EU-Exporteur. Nicht-spanische Arbeitskräfte bilden das Rückgrat der Landwirtschaft und machen in den Regionen Huelva und Lleida 43 % bzw. 86 % der Arbeiter_innen aus. Etwa 35.000 weitere arbeiten ohne regulären Aufenthaltstitel oder Genehmigung (Canal Sur 2024). Auf die demografischen Herausforderungen des Sektors hat Spanien mit Migration statt mit Automatisierung und Ernterobotern reagiert, wie sie z.B. in den Niederlanden Standard sind. Der Grund ist die kleinbäuerliche Produktionsstruktur, die sich trotz der massiven Expansion der Agrarproduktion seit den 1980er-Jahren erhalten hat. Für diese Betriebe sind Millioneninvestments in Robotik schlichtweg nicht zu bewältigen, zumal der Zufluss saisonaler Arbeitskräfte weiterhin gewährleistet ist. In der Folge organisierten sich die Kleinbäuer_innen in politisch mächtigen Genossenschaften wie COEXPHAL, die das bestehende Modell und damit Wettbewerbsvorteile wie Low-Tech-Infrastruktur, niedrige

Fixkosten und hohe Flexibilität im Arbeitsmarkt verteidigen. Hinzu kommt Margendruck durch nordeuropäische Einzelhandelsketten, die Preise diktieren. Aus Sicht der Landwirte bleiben die Arbeitskosten die Variable, bei der gespart werden kann. Migration – formell über GECCO, informell über die Schattenwirtschaft – bildet damit das Fundament eines Modells, das auf Niedriglohnarbeit basiert.

4.3.2 Der Faktor Migration als System

Der Blick auf diese drei Sektoren zeigt, dass Migration das entscheidende Puzzlestück im spanischen Ausnahme-wachstum ist und die spezifische Ausrichtung der Ökonomie auf arbeitsintensive Sektoren dieses Modell erst ermöglicht hat. Dabei handelt es sich um ein politisch erzeugtes Arrangement. Die verschiedenen spanischen Regierungen – konservative wie sozialdemokratische – haben dazu beigetragen, den Faktor Migration über vier Jahrzehnte institutionell einzubetten, zu regulieren und abzusichern – durch bilaterale Abkommen, Anwerbesysteme und einen pragmatischen Umgang mit dem Informellen.

Von Irregularität zum europäischen Vorreiter der Managed Migration

Bis in die 2000er-Jahre hinein basierte die Zufuhr von ausländischer Arbeitskraft in Spanien primär auf der staatlichen Duldung irregulärer Einwanderung mit Hilfe des Ar-raigo-Systems, das Migrant_innen nach einer mehrjährigen »Bewährungsphase« in der informellen Schattenwirtschaft nachträglich legalisierte und den Unternehmen Arbeitskräfte sicherte. Mitte der 2000er-Jahre stieß dieses Modell jedoch durch die Cayucos-Krise (2005/2006) an seine Grenzen. Als Tausende Migrant_innen in seeuntüchtigen Booten auf den Kanaren ankamen, reagierte der spanische Staat 2006 mit dem Plan *África* und dem Abkommen der zweiten Generation (Dünnwald 2015) und etablierte eine enge Verzahnung von Grenzkontrollen und legalen Anwerbesystemen mit afrikanischen Staaten (Wolff 2014).

Ein Beispiel für Letzteres ist die saisonale Migration in der Landwirtschaft über das GECCO-Programm, z. B. beim Erdbeeranbau in Huelva. Der spanische Staat wirbt für die harte Erntearbeit fast ausschließlich Frauen aus dem ländlichen Marokko an, die minderjährige Kinder in der Heimat zurücklassen. Diese familiären Bindungen fungieren als Garantie für die strikte Rückkehrbedingung nach Ablauf der Saison (Hellio 2012; Komposch 2025). Programme wie GECCO illustrieren dabei den grundlegenden polit-ökonomischen Kompromiss des Systems: Einerseits wird durch die saisonalen Migrant_innen der Bedarf der Agrarindustrie befriedigt, andererseits werden migrationskritische Stimmen beruhigt, da eine dauerhafte Niederlassung systematisch verhindert wird. Dieses Modell zirkulärer Migration verleiht Spanien zudem geopolitisches Gewicht, denn die Anerkennung der marokkanischen Souveränität über die Westsahara 2022 verdeutlicht, wie Madrid Migrations-

kontrolle als diplomatisches Tauschmittel einsetzt (Janker 2022). Innerhalb der EU positioniert sich Spanien damit zunehmend als Vorreiter einer pragmatischen, bilateral verankerten Migrationspolitik und beansprucht entsprechende Gestaltungskompetenz im Rahmen des Europäischen Migrationspakts (Garcés-Mascareñas 2023).

Spaniens Sozialstaat und Migration als kalkuliertes Laissez-Faire

Während der Wohlfahrtsstaat im dänischen Narrativ als schützenswertes Gut die Begrenzung von Migration begründet, erfüllt er im spanischen Modell eine entgegengesetzte Funktion. Irreguläre Migrant_innen erhalten durch Registrierung im Rathaus ihrer Gemeinde Zugang zu Dienstleistungen wie Schulbildung und Notfallmedizin. Auf kostenintensive Kernleistungen wie Renten oder Arbeitslosengeld haben sie hingegen keinen Anspruch, da das System strikt beitragsbezogen ist.

Obwohl sowohl Dänemark als auch Spanien irreguläre Migrant_innen quasi vollständig von finanziellen Transfers ausschließen, verfolgen sie gegensätzliche Strategien. Dänemark nutzt die Exklusivität des eigenen Sozialstaats als Instrument der Abschreckung und Kontrolle. Migrant_innen werden in Ausreisezentren strikten Residenzpflichten unterworfen und auf Sachleistungen reduziert. Damit wird auch das Ziel verfolgt, den Aufenthalt möglichst unangenehm zu gestalten und Migrant_innen zur Ausreise in andere EU-Länder zu bewegen. Spanien hingegen praktiziert ein kalkuliertes Laissez-faire. Da der Staat für irreguläre Migrant_innen weder Unterkunft noch Verpflegung stellt, werden diese nach kurzer polizeilicher Registrierung weitgehend sich selbst überlassen. Dieser Entzug staatlicher Fürsorge erzeugt geradezu einen Zwang zur Mobilität. Um zu überleben, müssen die Menschen dorthin weiterziehen, wo der informelle Arbeitsmarkt sie aufnimmt,⁹ anstatt wie in Dänemark gezwungenermaßen in staatlichen Zentren zu verharren.

Dieses Arrangement wird nicht verschwiegen, sondern offensiv legitimiert. Wo dänische Behörden Migration durch Kostenrechnungen über MENAPT-Bevölkerungsgruppen als Belastung für den Steuerstaat rahmen, veröffentlichen spanische Institutionen wie die Banco de España und die spanische Fiskalaufsichtsbehörde regelmäßige Berichte, die Migration als fiskalische Notwendigkeit ausweisen. Ohne einen jährlichen Nettozustrom von bis zu 350.000 Migrant_innen würden Rentensystem und Wirtschaftswachstum angesichts einer extremen Überalterung kollabieren. Diese institutionelle Rahmung wird durch den privaten Finanzsektor verstärkt, denn Forschungsabteilungen von BBVA-Research (2024) und der CaixaBank (Aspachs 2026) kommen in ihren makroökonomischen Analysen zu denselben Schlüssen. Diese konzertierte Validierung durch Staatsbehörden und Finanzmärkte liefert dem Narrativ der PSOE einen distinktiven Anspruch auf Legitimität. Migrant_innen stützen den Binnenkonsum, schließen Lücken

⁹ Siehe z. B. Finotelli et al. 2024 für einen Überblick zu Spaniens Migrationspolitik.

am Arbeitsmarkt und federn die Alterung der Babyboomer-Generation fiskalisch ab – bei vergleichsweise geringen kurzfristigen Transferkosten.

Der alte Kompromiss – Ordnung und Nutzen

Ein Blick auf die jüngere Geschichte Spaniens offenbart eine bemerkenswerte Kontinuität: Der fundamentale ökonomische Nutzen von Migration wurde auch im bürgerlichen Lager nie ernsthaft angezweifelt. Über Jahrzehnte hinweg etablierte sich ein Ansatz des »geregelten Migrationsmanagements« (Wolff 2014) als hegemonialer Kompromiss, der harte Grenzpolitik mit der notwendigen Akquise von Arbeitskräften vereinbarte. Die »alte« spanische Rechte folgte dabei weniger einem identitären Kulturkampf als einer utilitaristischen Logik. Die Massenregularisierungen der Jahre 2000 und 2001 unter der konservativen Regierung José María Aznars sind hierfür exemplarisch. Dabei wurde der diskursive Rahmen von Kontrolle und Ordnung gewahrt, während dem drängenden Arbeitskräftebedarf des spanischen Wirtschaftsbooms durch die Formalisierung Hunderttausender irregulärer Beschäftigter nachgegeben wurde. Auch unter Mariano Rajoy setzte sich dieser Pragmatismus fort (Newtral 2024). Die stillschweigende Duldung irregulärer Beschäftigung im häuslichen Pflege-sektor fungierte als sozialpolitischer Puffer, der Lücken im staatlichen Sozialsystem kostengünstig schloss. Dieser Konsens ist das Produkt einer politischen Konvergenz. Die PSOE vermochte es in der zweiten Hälfte der 2000er-Jahre, das neoliberale Argument (Arbeitskräftebedarf), das soziale Argument (regulierte Integration statt Irregularität) und das humanitäre Argument (Entwicklungspolitik gegen Push-Faktoren) zu einer kohärenten Argumentationsfigur zu stabilisieren, der sich auch die Partido Popular (PP) in ihrer Praxis kaum entziehen konnte (Wolff 2014). Dieses Erbe ist bis heute wirksam. Priorität hat nicht die absolute Abschottung, sondern die geordnete Verfügbarkeit der wirtschaftlich benötigten Arbeitskräfte.

Die Neue Rechte

Allerdings ist dieser über Jahrzehnte gewachsene Konsens heute durch die Erfolge der rechtsextremen Partei Vox stark unter Druck geraten. Diese ersetzt die utilitaristische Logik der Mitte-Rechts-Parteien durch eine identitäre Agenda – allerdings mit einer entscheidenden strategischen Nuance:

Gegenüber Migration aus Afrika und dem muslimischen Raum bedient sich Vox des bekannten Repertoires der europäischen Neuen Rechten. Die Partei fordert die militärische Abriegelung der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Nordafrika sowie massive Abschiebungen und rahmt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (genannt Menas) als Kostenpunkt und Sicherheitsbedrohung (Rubio Hancock 2019). Mit diesem Kurs festigte Vox ihren Status als drittstärkste Kraft im spanischen Parlament. Gleichzeitig schlugen die gezielten Hetzkampagnen bereits in reale Gewalt um und hatten, wie etwa in Torre-Pacheco (Murcia), rassistische Ausschreitungen zur Folge (Deutschlandfunk 2025).

Der Angriff von Vox auf die Migrationspolitik ist allerdings hochgradig selektiv: Während die Partei gegenüber Migration aus Afrika und dem muslimischen Raum militärische Abriegelung und Härte fordert, wird Einwanderung aus Lateinamerika explizit begrüßt. Unter dem Konzept der Iberosfera, formalisiert durch die Carta de Madrid und den Vox-eigenen Thinktank Fundación Disenso, verfolgt Vox eine institutionalisierte Allianz spanischsprachiger Nationen gegen linke Regierungen und Kulturmarxismus (Zanotti/Turnbull-Dugarte 2025).

Damit verteidigt Vox das bestehende Zwei-Klassen-System im Staatsbürgerschaftsrecht, das iberoamerikanischen Migrant_innen die Einbürgerung bereits nach zwei Jahren ermöglicht, während andere Ausländer_innen zehn Jahre warten müssen (Umpierrez de Reguero et al. 2026). Die Logik ist dabei nicht nur kulturell, sondern auch elektoral: Da viele lateinamerikanische Einwanderer_innen konservativ-katholische Werte teilen und häufig vor sozialistischen Regierungen geflohen sind, betrachtet Vox sie als potenzielle Stütze des eigenen, langfristig gedachten politischen Projekts (Fernández-Vázquez et al. 2022).

4.3.3 Die Nationalisierung der Notwendigkeit

Migration ist tief in die institutionelle und ökonomische Architektur Spaniens eingeschrieben. Allerdings schaffen strukturelle Zwänge Möglichkeitsräume und sind keine selbstlaufenden politischen Projekte. Durch das Narrativ wird die ökonomische Zwangslage zu einem Mittel der Identitätsstiftung. Die PSOE rahmt etwas, das strukturell unausweichlich ist, nämlich den demographischen und wirtschaftlichen Bedarf an Migration, als bewusste Entscheidung. Die überzeugende Kraft des Pragmatismus rührt auch daher, dass man sich auf eine materielle Realität beruft, die man nicht selbst erzeugt hat.

Die Emigrationsgeschichte des Landes liefert das Material für ein moralisches »Wir«. Sánchez sagt dazu: »Wir sind Kinder der Migration – lässt uns keine Eltern der Fremdenfeindlichkeit werden.« (Zelik 2024) Gleichzeitig werden die politischen Gegner_innen nicht als besorgte Bürger_innen, sondern als ideologische Zumuter_innen gerahmt – als jene, die von den Spanier_innen verlangen, für eine kulturelle Träumerei eines geschlossenen, homogenen Landes wirtschaftlichen Verzicht zu üben. Der Kulturkampf kommt in dieser Erzählung von rechts, nicht von links. Diese Umkehrung ist zwar kommunikativ stark, reicht aber als Erklärung für die Stabilität des Modells nicht aus.

Die politische Leistung der Partei liegt tiefer. Die PSOE agierte als Vermittlerin einer Interessenkoalition. Die Regularisierung wird gegenüber der Kirche als humanitäres Gebot gerahmt, gegenüber der Wirtschaft als Rechtssicherheit und Arbeitskräftesicherung und gegenüber den Gewerkschaften als Kampf gegen Lohndumping in der Schattenwirtschaft. Indem divergente Interessen verbunden werden, entsteht ein hegemoniales Projekt, das den politischen Raum für die Opposition massiv verengt und phasenweise

sogar die PP in die Kompromisslinie einbinden kann. Diese Einengung erklärt die bezeichnende Ausweichbewegung der Rechten. Weil die Nützlichkeit der Arbeitsmigration kaum bestreitbar ist, verfängt klassischer Wohlfahrtschauvinismus in Spanien kaum (El Español 2025), sondern beschränkt sich fast ausschließlich auf unbegleitete Minderjährige, die Kosten verursachen, aber nicht zum Produktionsprozess beitragen. Gegenüber der Arbeitsmigration weichen Vox und Teile der PP auf zwei Felder aus: Sie akzeptieren lateinamerikanische Einwanderer_innen stillschweigend als kulturell kompatible Arbeitskräfte und verlagern die Debatte ansonsten ins Feld der Sicherheit. Damit versuchen sie, die ökonomische Rationalität der Regierung auf einer emotionalen Ebene anzugreifen.

Abschließend muss einer verbreiteten Wahrnehmung – besonders im deutschsprachigen Diskurs¹⁰ – widersprochen werden: Dass das spanische Modell primär deshalb funktioniert, weil es dank lateinamerikanischer Zuwanderung kulturell und sprachlich reibungslos verlaufe. Zweifellos ist die hohe Erwerbsbeteiligung lateinamerikanischer Migrant_innen ein realer Faktor. Das strukturelle ökonomische Fundament – insbesondere die industrielle Landwirtschaft – wird aber nicht von Latinos getragen, sondern von Arbeitskräften aus Marokko, Rumänien und Subsahara-Afrika. In den Gewächshäusern und auf den Baustellen zählt nicht Sprachkompetenz, sondern physische Belastbarkeit. Dass diese Sektoren florieren, liegt nicht an kultureller Nähe, sondern an der Absorptionskraft eines Niedriglohnsektors, der Arbeitskraft, egal welcher Herkunft, anwirbt und verschleißt. Die Regularisierungspolitik darf vor diesem Hintergrund nicht als rein humanitärer Akt verstanden werden, sondern auch als makroökonomische Kurskorrektur. Das bisherige Wachstumsmodell, das auf billiger, informeller und nicht selten ausgebeuteter Arbeitskraft beruht, führt langfristig in eine Produktivitätsfalle (vgl. International Monetary Fund 2025). Wer ohne Status lebt, kann sich nicht weiterbilden, nicht aufsteigen, keine Steuern zahlen. Die Legalisierung ist der Versuch, diesen Übergang vom Import billiger Hände bis zur Entwicklung von Fachkräften und Beitragszahler_innen zu gestalten. Was die PSOE mit ihrer Regularisierungspolitik leistet, ist dennoch nicht zu unterschätzen. Status bedeutet, dass Menschen zu Bürger_innen werden, die in einer Demokratie die Möglichkeit erhalten, ihre Interessen zu artikulieren und sich kollektiv zu organisieren. Somit handelt es sich um eine strukturelle und nicht allein um eine symbolische Verschiebung. Gleichzeitig bleibt das Gesamtmodell ein pragmatisches Arrangement, das Prekarisierung in Wachstum übersetzt. Dass dieses Kalkül im europäischen Vergleich bereits als fortschrittliches Vorbild diskutiert wird, ist dabei weniger ein Zeugnis spanischer Großzügigkeit als ein Indiz dafür, wie weit sich der europäische Referenzrahmen nach rechts verschoben hat. Der spanische Weg beruht in seiner gegenwärtigen Form auf einer Verwertungslogik, die durch ihre relative ökonomische Vernünftigkeit nicht aufgehoben wird.

¹⁰ Vgl. exemplarisch diesen Leserbrief in der *Krone Zeitung* von 2026: Migration in Spanien: <https://www.krone.at/das-freie-wort/697d4d0c720556cd8c08dcf1> (19.2.2026).

5.

Schlussfolgerungen

5.1 Methode statt Blaupause

Der Vergleich offenbart zwei grundlegend verschiedene Wege: Dänemark nutzt den Wohlfahrtsstaat als Begründung für Restriktionen, Spanien rahmt Migration als ökonomische Notwendigkeit. Beide Narrative sind in Auseinandersetzung mit spezifischen strukturellen Bedingungen entstanden, beide definieren ein »Wir« zur Identitätsstiftung. Ihre Verwundbarkeiten liegen an unterschiedlichen Stellen. Während sich das dänische Modell zunehmend ins Kulturelle verschiebt, ist das spanische eng an wirtschaftliches Wachstum gekoppelt.

Die Einsicht, dass diese Modelle kontextgebunden sind, findet sich in der deutschen Debatte durchaus¹¹ – ihre Anwendung folgt jedoch oft der eigenen Präferenz. Restriktiver orientierte Stimmen betonen Spaniens Besonderheiten, insbesondere die sprachliche Brücke nach Lateinamerika, und implizieren damit, Deutschland sei Dänemark ähnlicher. Dabei wird ausgeblendet, dass auch die dänische Restriktivität eines Kleinstaats mit gesellschaftlicher Homogenität und defensiver politischer Kultur singuläre Voraussetzungen aufweist. Progressive Stimmen wiederum sehen im spanischen Modell eine wünschenswerte Alternative, unterschätzen aber, dass es nicht auf politischem Mut, sondern auf einer historisch gewachsenen Interessenkoalition beruht. Für die deutsche Sozialdemokratie ergibt sich daraus keine Blaupause, sondern eine Methode.

Beide Beispiele illustrieren zunächst, dass erfolgreiche Narrative in enger Wechselwirkung mit den Strukturen entstehen, in denen sie operieren. Sie greifen bestehende kulturelle und materielle Dispositionen auf, verstärken diese und kanalisieren sie politisch. Darin liegt eine genuine strategische Entscheidung. Jede Gesellschaft weist widersprüchliche Dispositionen auf – solidarische wie exklusive, offene wie abwehrende. Welche davon ein Narrativ reproduziert und zur dominanten Deutung erhebt, ist eine Frage des politischen Willens. Damit es aber trägt, braucht es zwei Verankerungen: eine rückwärtsgewandte, die an kollektive Selbstverständnisse, historische Erfahrungen und kulturelle Werte anknüpft, und eine vorwärtsgewandte, die den Menschen konkret zeigt, was sie durch dieses Narrativ gewinnen. Diese doppelte Verankerung muss anschließend materiell und institutionell abgesichert werden, um dem

Narrativ die Stabilität zu verleihen, die politische Hegemonie erst möglich macht.

Dieser Mechanismus wurde in Spanien wie in Dänemark verstanden. Mit Hilfe einer institutionellen Validierung wurde dem Narrativ schließlich Glaubwürdigkeit jenseits der Parteipolitik verliehen. In Dänemark liefern staatliche Behörden gezielt Daten, die die restriktive Linie empirisch unterfüttern. In Spanien geht diese Validierung weiter, denn nicht nur ökonomische Institutionen wie die Zentralbank, die Fiskalaufsicht und Wirtschaftsverbände sprechen in derselben Logik wie die Regierung, sondern auch weite Teile der Zivilgesellschaft und die katholische Kirche fungieren als Stütze. Diese Allianz aus wirtschaftlicher Rationalität und moralischer Autorität erschwert es erheblich, das Narrativ als linke Utopie oder Gutmenschentum abzutun. Sie zeigt vielmehr, dass die Unterstützung für ein funktionierendes Migrationssystem auf verschiedensten Fundamenten ruhen kann, auf ökonomischem Kalkül ebenso wie auf ethischen Überzeugungen.

Entscheidend ist zudem, dass beide Narrative eine politische Sprache etabliert haben, die über technokratische Erklärungen hinausgeht. Sie bestechen durch interne Kohärenz, indem sie ein »Wir« und ein »Die« definieren und damit politische Identität stiften. Beide berufen sich dabei auf den Schutz einer Solidaritätsgemeinschaft, die sie jedoch gänzlich anders füllen. Während das dänische Modell Solidarität national-ethnisch codiert und kulturelle Homogenität zur Voraussetzung für sozialen Ausgleich erklärt, definiert Spanien das »Wir« über Arbeit und gemeinsames Wachstum. Was beide auszeichnet, ist die Fähigkeit, diese Definitionen mit einer gewissen strategischen Schärfe zu rahmen, indem sie das eigene Handeln nicht als beliebige Politik, sondern als logische Reaktion auf die vorgefundenen Herausforderungen beschreiben.

Der Vergleich zwischen Spanien und Dänemark zeigt zudem, dass Regierungsparteien die Möglichkeit haben, das Terrain auch aktiv zu formen. Die Beschleunigung von Anerkennungsverfahren und die Mobilisierung organisierter Interessen könnten das ökonomische Argument stärken und das Narrativ aus der rein parteipolitischen Sphäre lösen.

¹¹ Vgl. zur deutschen Debatte zur mangelnden Übertragbarkeit der spanischen Regularisierungskampagne beispielhaft *dpa* vom 12.2.2026: https://www.comdirect.de/inf/news/detail.html?ID_NEWS=1158361495; (5.3.2026).

5.2 Ansatzpunkte für die deutsche Sozialdemokratie

Überzeugende politische Narrative entstehen nicht am Reißbrett, sondern dort, wo sie sich mit vorhandenen kollektiven Erfahrungen und Institutionen verbinden. Schon eine grobe erste Vermessung des deutschen Terrains bietet dafür mehr Ansatzpunkte, als die defensive Debattenlage vermuten lässt.

5.2.1 Die Aktivierung historischer und struktureller Ressourcen

Einwanderung als konstitutiver Teil des deutschen Wohlstands

Deutschland ist diesen Weg schon einmal gegangen – und es hat sich gelohnt. Der Gastarbeiterzuzug der 1960er-Jahre hat nicht nur den Arbeitskräftemangel gelöst, sondern den industriellen Aufstieg Deutschlands zur globalen Exportnation erst ermöglicht (Pflugbeil 2005). Anders als Dänemark ist Deutschland de facto längst ein Einwanderungsland mit einer sozioökonomischen Verflechtung, die tief in die Nachkriegsgeschichte zurückreicht und ein eigenes, gewachsenes Substrat für ein progressives Narrativ bildet. Wer heute Abschottung fordert, verlangt den Verzicht auf dieses Modell zu einem Zeitpunkt, an dem es dringender denn je gebraucht wird. Ohne weitere Zuwanderung würde der Arbeitsmarkt bis 2060 rund 16 Millionen Erwerbspersonen verlieren (Fuchs 2021) und die Sozialkassen wären strukturell unfinanzierbar.¹² Die Frage, ob die Bäckerei im Ort oder die Pflegeeinrichtung besetzt bleibt, ist alles andere als abstrakte. Die Kernbotschaft der Sozialdemokratie bezüglich Migration sollte nicht nur auf Vielfalt und Toleranz abzielen, sondern ein Versprechen auf den Aufbau eines gemeinsamen Wohlstands beinhalten, der fair verteilt wird.

Aus Ankommen wird vor Ort Teilhabe

Deutschland verfügt über ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, das kaum ein anderes europäisches Land in dieser Dichte und regionalen Vielfalt vorweisen kann. Es beweist seit Jahren, was möglich ist, wenn Engagement auf funktionierende Strukturen trifft. Vereine, Initiativen und Diasporaorganisationen helfen Menschen konkret dabei, bürokratische Hürden zu überwinden, um den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Gleichzeitig unterstützen sie auch das Ankommen und Einfinden aller Familienmitglieder vor Ort. Der ökonomische Nutzen ist nur die eine Seite: Gezielte Förderung jener Organisationen, die sich konkret um Teilhabe bemühen, ist zugleich eine Investition in das gesellschaftliche Miteinander und damit in das Vertrauen, dass hier alle an einem Strang ziehen. Breite zivilgesellschaftliche Allianzen auf kommunaler Ebene, die gemeinsame Erfolge sichtbar machen, sind letztlich die Voraussetzung dafür, dass ein progressives Migrationsnarrativ über die Parteipolitik hinaus verfängt.

5.2.2 Allianzen zur Absicherung des Narrativs

Handwerk und Mittelstand als strategische Partner

Die Sozialdemokratie hat sich zu lange nur darauf konzentriert, Ängste ernst zu nehmen, die rechte Akteure gezielt konstruiert und reproduziert haben. Nun gilt es stattdessen, wieder stärker in die Rolle des pragmatischen Problemlösers zu kommen. Um diese Rolle auch jenseits der klassischen Klientel zu vertreten, muss die SPD den Versuch unternehmen, Handwerk und Mittelstand in der Migrationsfrage auf ihre Seite zu ziehen. Denn ihr akutes Problem ist nicht zu viel Zuwanderung, sondern zu viel ungenutztes Potenzial in Form von stockenden Anerkennungsprozessen von Qualifikationen oder abgeschobenen Mitarbeiter_innen und Fachkräften, die im Verwaltungswirrwarr untergegangen sind. Wenn die SPD diesen Austausch systematischer sucht und gezielt auf die Schmerzpunkte der Betriebe eingeht, vollzieht sie einen narrativen Wechsel. Restriktive Migrationspolitik bedeutet dann nicht mehr Ordnung, sondern wirtschaftsfeindliche Bürokratie, die Betriebe blockiert. Schnelle Arbeitsmarktintegration ist kein Kontrollverlust, sondern konkreter Bürokratieabbau. Ziel muss es sein, eine thementreue Allianz zu schmieden: Wenn die SPD nachweislich Hürden für Betriebe abbaut, muss sie darauf hinwirken, dass Wirtschaftsverbände diese pragmatischen Lösungen auch öffentlich einfordern und verteidigen.

Externe Validierung im Kampf um wirtschaftliche Deutungshoheit

Das Vertrauen in ihre wirtschaftliche Kompetenz, das Konservative und Rechte in Umfragen genießen, steht in einem eklatanten Widerspruch zu ihrer Migrationspolitik, die demografischen Schwund beschleunigt, Sozialkassen belastet und den Fachkräftemangel zementiert. Diesen Widerspruch sichtbar zu machen, ist die politische Hauptaufgabe der Sozialdemokratie. Doch glaubwürdig wird dieses Argument nur durch externe Stimmen. Wirtschaftsverbände, Forschungsinstitute und Sozialversicherungsträger müssen als eigenständige Akteure in die Debatte eingebunden werden. Ärztekammern etwa benennen bereits heute sehr klar, was eine Abschottungspolitik im Gesundheitssystem und in der Pflege bedeutet und wie viele Praxen ohne ausländische Ärzte sofort schließen müssten. Eine progressive Politik muss diese vorhandenen Warnungen aufgreifen, institutionalisieren und strategisch auf die große Bühne heben. Eine Partei, die diese Allianzen pflegt, muss Abschottungspolitik nicht mehr nur moralisch angreifen, sondern lässt die harte wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität sprechen.

5.3 Migration als Teil eines sozialdemokratischen Zukunftsprojekts

Punktueller Narrative für einzelne Themen reichen nicht aus. Was gebraucht wird, ist ein kohärentes Projekt, das die

¹² Eine aktuellere Studie (Werdig 2024) rechnet vor, dass Einwanderung die Finanzierungslücke des Staates jährlich um rund 104 Mrd. Euro reduziert.

Parteiposition zur Migration nicht als Sonderthema verhandelt, sondern als Teil einer größeren sozialdemokratischen Erzählung verankert. Diese Verankerung erfordert themenübergreifende Werte.

Chance durch Beitrag

Arbeit stand stets im Zentrum erfolgreicher sozialdemokratischer Politik. Nicht als bloßer Produktionsfaktor oder Wachstumstreiber, sondern als Grundpfeiler des menschlichen Zusammenlebens. Sie schafft Würde, stiftet Gemeinschaft und gibt Menschen das Gefühl, gebraucht zu werden. Das gilt für Lohnarbeit genauso wie für Care- und Hausarbeit, für Menschen, die sofort einsteigen können genauso wie für jene, die erst die Strukturen brauchen, um auf eigenen Beinen zu stehen. Wer arbeiten und seinen Teil beitragen will, soll die Strukturen vorfinden, die das ermöglichen – egal woher er oder sie kommt. In Zeiten der Krisenstimmung stimmt mehr denn je, dass jede Hand gebraucht wird. Das Ziel besteht in Befähigung und nicht in Kontrolle, denn der gemeinsame Beitrag war schon immer das stärkste sozialdemokratische Bindemittel.

Solidarität als unverhandelbarer Markenkern

Die historische wie gegenwärtige Stärke der Sozialdemokratie beruht auf einem klaren Prinzip. Sie steht vollkommen unabhängig von der Herkunft unverbrüchlich an der Seite der arbeitenden und sozial verwundbaren Menschen. Aktuellen Versuchen politischer Mitbewerber_innen, genau diese Gruppen gegeneinander auszuspielen und soziale Verteilungsfragen zu ethnisieren, muss eine offensive Maxime entgegengesetzt werden: Wir lassen unsere Gesellschaft nicht auseinanderdividieren. Sozialer Druck bei Wohnraum, Bildung oder Infrastruktur ist nicht das Resultat von Zuwanderung, sondern von strukturellen Investitionsdefiziten, die im gemeinsamen Interesse prioritär adressiert werden müssen.

Und zu guter Letzt:

Migration bleibt als politisches Konfliktfeld dauerhaft mobilisierbar. Die Möglichkeit zur Antagonisierung ist dem Thema unabhängig von der empirischen Lage inhärent. Ein erfolgreiches Narrativ sollte nicht versuchen, diese Konflikthaftigkeit durch technokratische Lösungsversprechen zu neutralisieren. Entscheidend ist vielmehr, welche narrativen Ressourcen einer Partei zur Verfügung stehen, um dem Druck standzuhalten. Und selbst resiliente Narrative entfalten sich nicht im direkten Austausch zwischen Politik und Wähler_innenschaft, sondern werden durch mediale Ökosysteme gefiltert, die die Wirkung der Erzählungen erheblich mitbestimmen – ein Aspekt, der einer gesonderten Analyse bedürfte.

Abkürzungsverzeichnis

BIP	Bruttoinlandsprodukt
COEXPHAL	Cooperativa de Exportadores de Productos Hortofrutícolas de Almería (Spanischer Exportgenossenschaftsverband für Obst und Gemüse)
DF	Dansk Folkeparti (Dänische Volkspartei)
EU	Europäische Union
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GECCO	Gestión Colectiva de Contrataciones en Origen (Spanisches Anwerbesystem für saisonale Arbeitsmigration)
KI	Künstliche Intelligenz
MAGA	Make America Great Again, politische Bewegung Donald Trumps
MENA	Middle East and North Africa (Naher Osten und Nordafrika)
Mena	Unbegleitete_r jugendliche_r Migrant_in (menor extranjero no acompañado)
MENAPT	Middle East, North Africa, Pakistan and Turkey (dänische Kategorie für nicht-westliche Migration)
NRO	Nichtregierungsorganisationen
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
PP	Partido Popular (Spanische Volkspartei)
PSOE	Partido Socialista Obrero Español (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs

Literaturverzeichnis

AFP (2026): Denmark cut asylum figures to historic low in 2025, in: Euractiv, 10.1.2026, <https://www.euractiv.com/news/denmark-cut-asylum-figures-to-historic-low-in-2025/> (13.4.2026).

Aspachs, Oriol (2026): Outlook and Challenges for the Spanish Economy in 2026, <https://www.caixabankresearch.com/en/outlook-and-challenges-spanish-economy-2026> (13.4.2026).

BBVA Research (2024): Spain – Growing with More Immigration, <https://www.bbva.com/en/publicaciones/spain-growing-with-more-immigration/> (13.4.2026).

Boswell, Christina; Geddes, Andrew; Scholten, Peter (2011): The Role of Narratives in Migration Policy-Making: A Research Framework, in: The British Journal of Politics and International Relations 13: 1, 1ff.

Campani, Giovanna; Lazaridis, Gabriella; Benveniste, Annie (Hrsg.) (2016): The Rise of the Far Right in Europe: Populist Shifts and ‚Othering‘, London.

Canal Sur (2024): Almería recupera el liderazgo nacional de exportaciones hortofrutícolas, <https://www.canalsur.es/noticias/andalucia/almeria/almeria-recupera-el-liderazgo-nacional-de-exportaciones-hortofruticolas/2078148.html> (13.4.2026).

Democrata (2026): Saiz acusa a PP y Vox de llenar de ruido y bulos el pleno sobre Adamuz y lamenta que no hayan estado a la altura, <https://www.democrata.es/politica/saiz-acusa-a-pp-y-vox-de-llenar-de-ruido-y-bulos-el-pleno-sobre-adamuz-y-lamenta-que-no-hayan-estado-a-la-altura/> (13.4.2026).

Der Tagesspiegel (2026): Dämpfer für Frederiksen: Sozialdemokraten rutschen bei Dänemark-Wahl laut Prognosen ab, <https://www.tagesspiegel.de/internationales/dampfer-fur-frederiksen-sozialdemokraten-rutschen-bei-danemark-wahl-laut-prognosen-ab-15396508.html> (13.4.2026).

Deutschlandfunk (2025): Aufrufe zu Jagd auf Migranten schrecken Behörden in Spanien auf, <https://www.deutschlandfunk.de/aufrufe-zu-jagd-auf-migranten-schrecken-behoerden-in-spanien-auf-100.html> (13.4.2026).

Doménech, Rafael; Haro, Manuel; de la Hoz, Juan Ramón (2024): Spain. The Labor Market in the Construction Sector (BBVA Research Regional Observations), <https://www.bbva.com/en/publicaciones/spain-the-labor-market-in-the-construction-sector> (13.4.2026).

Dünnwald, Stephan (2015): Remote Control? Europäisches Migrationsmanagement in Mauretanien und Mali, in: movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies 1: 1, <https://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/08.duennwald-remote-control-mali-mauretanien.html> (13.4.2026).

Dybvad Bek, Kaare (2017): De lærdes tyranni: Hvordan den kreative klasse skaber ulighed og undergraver verdens bedste samfund, Kopenhagen.

Dybvad Bek, Kaare (2025): Was die SPD von Dänemark lernen kann, <https://www.thepioneer.de/originals/others/articles/was-die-spd-von-daenemark-lernen-kann> (13.4.2026).

El Español (2025): Inmigración ordenada: lo que quiere Feijóo — subsidios para hispanoamericanos y expulsión de agresores sexuales, https://www.elespanol.com/espana/politica/20250926/inmigracion-ordenada-quiere-feijoo-subsidios-hispanoamericanos-expulsion-agresores-sexuales/1003743941702_0.html (13.4.2026).

Encarnación, Omar G. (2025): Pragmatismus statt Parolen, in: IPG Journal, 19.8.2025, <https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/pragmatismus-statt-parolen-8466/> (5.3.2026).

Europäisches Parlament (2022): Taxation of the Informal Economy in the EU, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/734007/IPOL_STU\(2022\)734007_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2022/734007/IPOL_STU(2022)734007_EN.pdf) (13.4.2026).

Fernández-Vázquez, Guillermo; Lerín Ibarra, David (2022): Hispanismo étnico e iberosfera. La peculiar mirada de Vox hacia la región latinoamericana, in: Revista CIDOB d'Afers Internacionals 132, 49ff.

Finansministeriet (2020): Indvandreres nettobidrag til de offentlige finanser i 2018, Kopenhagen.

Finotelli, Claudia; Cassain, Laura; Echeverría, Gabriel (2024): Spain Country Brief on Irregular Migration Policy Context (MIRREM Project), <https://irregularmigration.eu/wp-content/uploads/2024/11/MIRREM-Finotelli-et-al-2024-Spain-Country-Brief-on-Irregular-Migration-v1.pdf> (13.4.2026).

Frederiksen, Mette (2019): Realistic and Fair Immigration, <https://www.ips-journal.eu/regions/europe/realistic-and-fair-immigration-3460/> (13.4.2026).

Fuchs, Johann (2021): Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060: Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen (IAB-Kurzbericht 25/2021), Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg, <https://doku.iab.de/kurzber/2021/kb2021-25.pdf> (13.4.2026).

Garcés-Mascreñas, Blanca (2023): The Spanish Presidency of the Council of the EU. Pushing the Pact on Migration and Asylum Over the Finish Line?, Barcelona (CIDOB Notes Internationals).

García-Santana, Manuel; Moral-Benito, Enrique; Pijoan-Mas, Josep; Ramos, Roberto (2020): Growing Like Spain. 1995–2007, in: International Economic Review 61: 1, 383ff.

German Marshall Fund of the United States (2026): Innovation in Migration Management, <https://www.gmfus.org/news/innovation-migration-management> (13.4.2026).

Hall, Stuart; O'Shea, Alan (2013): Common-Sense Neoliberalism, in: Soundings 55: 55, 9ff.

Hellio, Emmanuelle (2012): Circular Migration and Misrecognition. The Experience of Spatial Injustice of Moroccan Women Doing Seasonal Agricultural Work in Huelva (Spain), <https://www.jssj.org/wp-content/uploads/2012/12/JSSJ3-8en1.pdf> (13.4.2026).

Hercowitz-Amir, Adi; Rajjman, Rebeca (2019): Restrictive Borders and Rights: Attitudes of the Danish Public to Asylum Seekers, in: Ethnic and Racial Studies 43: [Heft], 1ff.

Hooper, Kate (2019): Spain's Labour Migration Policies in the Aftermath of Economic Crisis, Brüssel.

International Monetary Fund, European Dept. (2025): Spain's Productivity Gap Vis-À-Vis Europe and the United States: Diagnosis and Remedies (IMF Country Report No. 2025/122), Washington, D.C.

Janker, Karin (2022): Warum Spanien plötzlich auf Marokkos Seite ist, in: Süddeutsche Zeitung, 19.3.2022, <https://www.sueddeutsche.de/politik/spanien-marokko-westhahra-diplomatie-1.5550993> (13.4.2026).

Jensson, Heidi Vad (2013): Immigrant Policy Developing in Copenhagen and Ishøj in the 1970s, in: Scandinavian Journal of History 38: 5, S. 1–20.

Jessop, Bob (1999): The Strategic Selectivity of the State: Reflections on a Theme of Poulantzas, in: Journal of the Hellenic Diaspora 25: 1–2, 1ff.

Jones, Michael D.; McBeth, Mark K. (2010): A Narrative Policy Framework: Clear Enough to Be Wrong?, in: Policy Studies Journal 38: 2, 329ff.

Jones, Michael D.; McBeth, Mark K. (2020): Narrative in the Time of Trump: Is the Narrative Policy Framework Good Enough to Be Relevant?, in: Administrative Theory & Praxis 42: 2, 91ff.

Jones, Sam (2026): »When did empathy become exceptional?«: what's behind Sánchez's plan to 'regularise' 500,000 undocumented migrants in Spain, in: The Guardian, 4.2.2026, <https://www.theguardian.com/world/2026/feb/04/this-is-europe-spain-pedro-sanchez-migrants-regularise> (13.4.2026).

Jørgensen, Martin Bak; Thomsen, Trine Lund (2016): Deservingness in the Danish Context: Welfare Chauvinism in Times of Crisis, in: Critical Social Policy 36: 3, 330ff.

Kannankulam, John; Georgi, Fabian (2012): Die europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa‘. Arbeitspapier Nr. 30, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der Philipps-Universität Marburg, Marburg.

- Kassam, Ashifa (2025): How Spain's radically different approach to migration helped its economy soar, in: The Guardian, 18.2.2025, <https://www.theguardian.com/world/2025/feb/18/how-spains-radically-different-approach-to-migration-helped-its-economy-soar> (13.4.2026).
- Komposch, Nora (2025): Bodies, Borders, Berry Fields. The Planetary-Intimate in Agricultural Labor Migration. Dissertation an der Universität Bern, Bern.
- Larsen, Johan Blem (2025): Prime Minister's appeal to Muslims: »Everyone must behave properly now«, in: Politiken, 15.9.2025.
- Larsen, Mikkel (2025): Politics of Welfare Exclusion: Open and Concealed Welfare Chauvinism and Public Support for Social Assistance Reform, in: Acta Sociologica [online first].
- Lehmann, Christian (2011): Universel velfærd er den mindst ringe model, in: Information, 21.2.2011, <https://www.information.dk/indland/2011/02/universel-velfaerd-mindst-ringe-model> (13.4.2026).
- Leonard, Mark (2025a): Die drei Phasen der Migrationsbewältigung, in: IPG Journal, 30.12.2025, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/die-drei-phasen-der-migrationsbewaeltigung-8766/> (5.3.2026).
- Leonard, Mark (2025b): Denmark shows how Labour can defeat the populist right, in: New Statesman, <https://www.newstatesman.com/world/europe/2025/02/denmark-shows-how-labour-can-defeat-the-populist-right> (13.4.2026).
- Leonhardt, David (2025): In an Age of Right-Wing Populism, Why Are Denmark's Liberals Winning?, in: The New York Times, 24.2.2025, <https://www.nytimes.com/2025/02/24/magazine/denmark-immigration-policy-progressives.html> (13.4.2026).
- Liebig, Thomas (2007): The Labour Market Integration of Immigrants in Denmark. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 50, Paris.
- Manera, Carles; Navinés, Ferran; Franconetti, Javier; Quetglas, Miquel; Pérez-Montiel, José A. (2026): Regional Outlook on Labor Productivity in Spain, 2000–2022. Occasional Papers 2605, Madrid.
- Mark, Jacob (2015): De fleste indvandrere kommer til Danmark for at arbejde, in: NetAvisen, <https://navisen.dk/blog/de-fleste-indvandrere-kommer-til-danmark-for-at-arbejde/> (13.4.2026).
- Meinhart, Edith (2023): Verschwiegene Politik: Ändert die SPÖ ihren Migrationskurs?, in: Profil, 8.1.2023, <https://www.profil.at/oesterreich/verschwiegene-politik-aendert-die-spo-ihren-migrationskurs/402282731> (5.3.2026).
- Meret, Susan (2025): The Populist Radical Right's Influence on Politics: Boon or Bane for Mainstream Political Parties?, in: Schwörer, Jakob (Hrsg.): New Danish Paradigms on Asylum and Integration: Effects and Challenges, Berlin, S. 68–80.
- Mouffe, Chantal (2019): For a Left Populism, London.
- Neff, Benedict; Scherrer, Lucien (2022): Mattias Tesfaye: »Die Hälfte der Asylbewerber in Europa ist in keiner Weise schutzbedürftig, und es sind mehrheitlich junge Männer«, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.1.2022, <https://www.nzz.ch/feuilleton/mattias-tesfaye-die-juedischen-schulen-aber-auch-die-gemeinden-sind-in-einem-masse-mit-antisemitismus-konfrontiert-das-es-frueher-nicht-gab-und-das-ist-wegen-der-migration-ld.1665481> (13.4.2026).
- Newtral (2024): Las regularizaciones extraordinarias de inmigrantes que ha habido en España, 12.4.2024, <https://www.newtral.es/las-regularizaciones-extraordinarias-de-inmigrantes-que-ha-habido-en-espana/20240412/> (13.4.2026).
- Nielsen, Rasmus Sandy Harboesgaard; Breidahl, Karen Nielsen; Hedegaard, Troels Fage (2025): The Link Between Individual Predispositions and Misperceptions About Immigrants: Insights From Denmark, in: Scandinavian Political Studies 48: e70010.
- OECD (2025): International Migration Outlook 2025, Paris, <https://doi.org/10.1787/ae26c893-en> (13.4.2026).
- Pflugbeil, Stefanie (2005): Auswirkungen der internationalen Migration auf die Bundesrepublik Deutschland. Volkswirtschaftliche Analysen, Regensburg, https://epub.uni-regensburg.de/10349/1/Pflugbeil_Auswirkungen%20der%20internationalen%20Migration.pdf (13.4.2026).
- POLITICO (2026): Mette Frederiksen — POLITICO 28: Class of 2026, <https://www.politico.eu/list/politico-28-class-of-2026/mette-frederiksen/> (13.4.2026).
- Rasmussen, Poul Nyrup (1999): Poul Nyrup Rasmussens replik ved Folketingets åbningsdebat, 7.10.1999, in: Danske Taler, <https://www.dansketaler.dk/tale/statsminister-poul-nyrup-rasmussens-replik-ved-aabningsdebatten-i-folketinget-1999> (13.4.2026).
- Rubio Hancock, Jaime (2019): How the term »mena« hurts unaccompanied migrant minors in Spain, in: El País, 14.11.2019, https://english.elpais.com/elpais/2019/11/14/inenglish/1573732323_940836.html (13.4.2026).
- Rytter, Mikkel (2019): Writing Against Integration: Danish Imaginaries of Culture, Race and Belonging, in: Ethnos 84: 4, 678ff.
- Sánchez, Pedro (2026): I'm the Prime Minister of Spain. This Is Why the West Needs Migrants, in: The New York Times, 4.2.2026, <https://www.nytimes.com/2026/02/04/opinion/spain-migrants-europe.html> (13.4.2026).
- Sandberg, Marie (2025): Denmark's Turn to Temporary Protection Has Made It a Pioneer in Restrictive Immigration Policies, <https://www.migrationpolicy.org/article/denmark-migration-profile-pioneer> (13.4.2026).
- Spours, Ken (2016): The Very Modern Prince. The 21st Century Political Party and the Political Formation (Compass Thinkpiece), London.
- Suenson, Emil Lobe; Nedergaard, Peter; Christiansen, Peter Munk (2016): Why Lash Yourself to the Mast? The Case of the Danish »Budget Law«, in: Public Budgeting & Finance 36: 1, 3ff.
- Tagliapietra, Alberto (2026): Innovation in Migration Management, German Marshall Fund of the United States, <https://www.gmfus.org/news/innovation-migration-management> (13.4.2026).
- Tesfaye, Mattias (2017): Velkommen Mustafa: 50 Års Socialdemokratisk Udlændingepolitik, København.
- Umpierrez de Reguero, Sebastián; Zamora-García, Javier; Zanotti, Lisa (2026): With or Without You? The Strategic Inclusion of Latin American Immigrants in Vox Electoral Speeches, in: Politics (online first), DOI: 10.1177/02633957251403341.
- Wandler, Reiner (2026): Papiere für »sin papeles«, 27.1.2026, in: Die Tageszeitung, <https://taz.de/500000-Einwanderer-in-Spanien-sollen-Aufenthaltsgenehmigung-erhalten!/6149106/> (13.4.2026).
- Werdning, Martin (2024): Migration und ihr Beitrag zum Staatshaushalt, https://mediendienst-integration.de/fileadmin/user_upload/Expertisen/Expertise_Werdning_Kosten_Einnahmen_Migration_Beitrag_Staatshaushalt_Mediendienst.pdf (13.4.2026).
- Wium Olesen, Niels; Elkjær Sørensen, Astrid; Borring Olesen, Thorsten; Farbøl, Rosanna (2019): 1967–1970: Guest workers come to Denmark, <https://nordics.info/show/artikel/danish-immigration-policy-1970-1992-1> (13.4.2026).
- Wolff, Sebastian (2014): Vom »Modell Irregularität« zur »Managed Migration«: Kämpfe um die Transformation des spanischen Migrationsregimes, in: Staatsprojekt Europa (Hrsg.): Kämpfe um Migrationspolitik: Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung, Bielefeld, S. 131ff.
- Zanotti, Lisa; Turnbull-Dugarte, Stuart J. (2025): Foro Madrid and the Transnationalization of the Far-Right, in: Palestini, Stefano; Rovira Kaltwasser, Cristóbal (Hrsg.): Global Challenges to Democracy, Cambridge, S. 296–316.
- Zelik, Raul (2024): »Wir sind Kinder der Migration«, in: WOZ Die Wochenzeitung, <https://www.woz.ch/2442/sanchez-regularisierungs-initiative/wir-sind-kinder-der-migration/11846H6EN08Z8> (13.4.2026).

Über den Autor

Leon Schaller ist Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt auf politischer Ökonomie, sozialer Ungleichheit und Arbeitsmigration. Er studierte mit einem Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung in München, Paris und London. Heute bewegt er sich zwischen Analyse und Praxis – mit Stationen bei der OECD und der Europäischen Union. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung ist er regelmäßig als Autor tätig.

Migrationspolitische Narrative im Vergleich



In der deutschen Debatte werden zwei migrationspolitische Modelle regelmäßig als Vorbilder herangezogen: das dänische Modell der Restriktion und das spanische Modell der Regulierung. Während die einen auf die dänische Sozialdemokratie verweisen, die durch eine restriktive Migrationspolitik Wähler_innen zurückgewonnen habe, sehen andere in Spaniens offensivem Kurs ein progressives Gegenmodell. Doch lassen sich diese Narrative so einfach übertragen?



Das vorliegende Papier untersucht die politische Ökonomie migrationspolitischer Narrative: Wie beeinflussen ökonomische Strukturen, institutionelle Arrangements und historische Pfade die Art und Weise, wie über Migration gesprochen wird? Das dänische Narrativ ist in einer Wohlfahrtsstaatslogik verwurzelt, die Solidarität exklusiv definiert. Das spanische Modell beruht auf einer Koalition aus Wirtschaftsverbänden, Kirche und Gewerkschaften, deren Interessen durch eine institutionelle Validierung – von Zentralbank bis zu Fiskalaufsicht – abgesichert werden. Beide Narrative sind keine rhetorischen Erfindungen, sondern aus spezifischen materiellen und kulturellen Bedingungen erwachsen.



Für die deutsche Sozialdemokratie folgt daraus keine Blaupause, sondern eine Methode: die ehrliche Vermessung des eigenen Terrains. Welche organisierten Interessen könnten ein progressives Narrativ tragen? Welche historisch-politischen Anknüpfungspunkte – von der Zuwanderungsgeschichte Deutschlands bis hin zu regional sehr vielfältigen zivilgesellschaftlichen Strukturen – bleiben ungenutzt? Und welche institutionellen Akteur_innen könnten externe Glaubwürdigkeit liefern? Erfolgreiche Narrative entstehen nicht durch Imitation, sondern durch strategische Arbeit mit den örtlichen Bedingungen und die Einbettung in ein Zukunftsprojekt, das mit den eigenen Werten resoniert.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➤ <https://www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration>